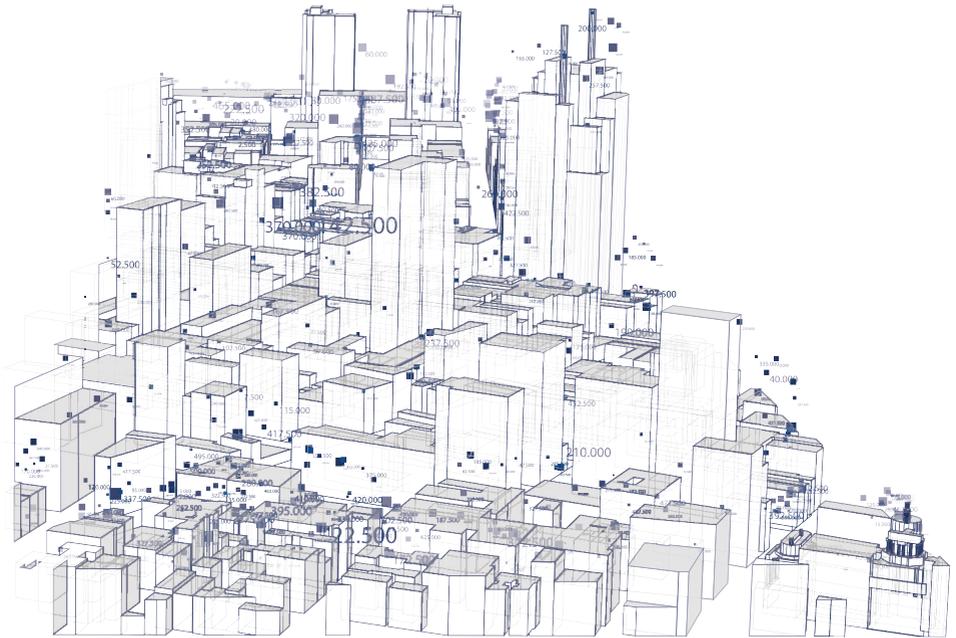


Uwe Gerstenberg

Masterplan »Sicherheit«

Lösungswege für eine sichere Stadt.



Security Explorer



consulting plus

KOMPETENT. SICHER. ZUVERLÄSSIG.

*Mit dem richtigen Sicherheitspartner an Ihrer Seite
schützen Sie Ihre Familie und Ihr Unternehmen.*

*Vertrauen Sie den Sicherheitsexperten von consulting plus.
Ihr Partner für Schutz und Sicherheit - ganz in Ihrer Nähe.*

www.consulting-plus.de



Dieses Buchprojekt wurde möglich durch die
freundliche Unterstützung von



Uwe Gerstenberg

Masterplan »Sicherheit«

Lösungswege für eine sichere Stadt.



Security Explorer

ISBN 978-3-000-68697-9

© 2021 Security Explorer

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist einschliesslich aller seiner Teile urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung ausserhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Verwendung in Kursunterlagen oder elektronischen Systemen.

1. Auflage

Projektleitung und Redaktion: Uwe Gerstenberg

Lektorat: Isabel Würdig

Trotz sorgfältigem Lektorat schleichen sich manchmal Fehler ein. Autor und Verlag sind Ihnen dankbar für Anregungen und Hinweise unter: isabel.wuerdig@consulting-plus.de

Logo © Security Explorer

Cover © Security Explorer

Produktion: druckpartner – Druck- und Medienhaus GmbH, Am Luftschacht 12, 45307 Essen

»Inhalt«	»Seite«
0.0 »Vorwort«	09
1.0 »Prolog«	12
2.0 »Die Sicherheitsarchitektur deutscher Großstädte«	14
2.1 »Differenzierung zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit«	16
2.2 »Erläuterung der Begrifflichkeit Angstraum im Gegensatz zum Gefahrenraum«	18
2.3 »Kritische Infrastrukturen (KRITIS)«	21
2.4 »Terrorismus / Extremismus in Deutschland«	23
3.0 »Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit«	24
3.1 »Videobewachung«	27
3.2 »Ordnungs- und Sicherheitspräsenz«	29
3.3 »Community Policing – Bürgernähe ist wichtig«	30
3.4 »Konsequenz, Kontinuität und Glaubwürdigkeit«	31
3.5 »Vernetzter Ansatz in den Verwaltungen«	33
3.6 »Korrekter und umfassender Informationstransfer«	34
4.0 »Die Zukunft wird „Smart City“«	36
5.0 »E-Governance«	38
6.0 »Kriminalprävention«	39
7.0 »Health Security«	40
8.0 »Resiliente Stadt«	42
9.0 »Kommunale Sicherheit in den Niederlanden«	44
9.1 »Getroffene Maßnahmen«	45
9.1.1 »Vernetzter Ansatz«	45
9.1.2 »Community Policing und Sichtbarkeit«	46
9.1.3 »Community Safety Partnerships«	46
9.1.4 »Smart City«	46
9.1.5 »Videüberwachung«	48
9.1.6 »Glaubwürdigkeit und Erfolgserlebnisse«	49
9.2 »Rückschlüsse für Deutschland«	50
10.0 »Literaturverzeichnis«	52
10.1 »Bücher«	52
10.2 »Internet«	54
11.0 »Der Autor«	57



0.0 »Vorwort«

Das Leben in einer Großstadt bietet vielerlei Vorzüge. Das dichte Nebeneinander von Wohnen, Freizeit- und Kulturangeboten, Einkaufsmöglichkeiten, Orten des Lernens und der Bildung, unterschiedlichsten Formen der Arbeit, aber auch innerstädtischen Freiraum- und Naturangeboten sind Ausdruck urbanen Lebens in einem produktiven Wettbewerb der Städte um steigende Lebensqualität.

Ein attraktives Stadtleben ist nicht voraussetzungslos. Viele Ideen, viele Anstrengungen und viele Ressourcen sind notwendig, um das ‚Kunstwerk‘ Stadt an die notwendigen globalen Veränderungen anzupassen. Eine zunehmend wichtige Voraussetzung für ein friedliches und gerechtes Miteinander in Ballungsgebieten ist das Thema Sicherheit und Ordnung. Urbane Sicherheit umfasst eine große Vielfalt von Aufgaben, an ihrer Schaffung und Aufrechterhaltung ist eine Vielzahl von Akteuren beteiligt. **Sicherheit ist im Grundsatz eine staatliche Aufgabe, in der öffentlichen Diskussion sind aber die Städte und Gemeinden die ersten Ansprechpartner, wenn es um Missstände geht.**

Das kommunale Engagement für sichere Städte ist einem tiefgreifenden Wandel unterlegen. War das Politikfeld „Sicherheit in der Stadt“ viele Jahrzehnte das ungeliebte „Stiefkind“, dessen strategische und operative Ausformung man gerne durch die Polizei gewährleistet sah, so ist dieses „Monopol“ in den letzten Jahren gefallen. Begonnen hat diese Entwicklung zunächst in den 90er Jahren mit der Entdeckung der „Kriminalprävention“ als Ergänzung zu der Vielzahl kommunaler Aufgabenfelder (Sozial-, Jugend-, Familien-, Stadtentwicklungs-, Bildungs-, Kultur-, Beschäftigungspolitik usw.), die für die Schaffung und Erhaltung sicherer und lebenswerter Städte relevant sind. Formen einfacher Kooperationsprojekte mit der Polizei, Stichwort

Doppelstreife, kamen hinzu. Heute sind in vielen Städten Präventionsräte und / oder umfangreiche Sicherheitspartnerschaften entstanden, die fast alle Felder kommunaler Sicherheitspolitik umfassen. Die Sicherheitspartner Polizei, die Stadtverwaltung mit einer Vielzahl von Fachämtern, Finanzverwaltung, Zoll, Akteure aus der Kinder- und Jugendhilfe, der Suchtberatung sowie dem Bereich der Integration, zivilgesellschaftliche Organisationen, aber auch zunehmend die sicherheitsrelevanten Institutionen aus der Privatwirtschaft nehmen Sicherheitsprobleme im Sinne eines 360°-Blickes in den Fokus und steuern ihre individuellen Ressourcen und Kompetenzen zur Lösung bei (sog. administrativer Ansatz).

Die Gründe für diesen Wandel sind vielfältig. Urbane Sicherheit hängt von vielen Faktoren ab. Sie lässt sich anhand der polizeilichen Kriminalstatistik faktisch zwar messen, letztlich entscheidet aber das subjektive Sicherheitsempfinden über das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger. Die Wahrnehmung der Sicherheit und der Attraktivität der Städte ist unter anderem beeinflusst durch das Stadtbild, städtebauliche Fragen, eigene Kriminalitäts-, Gewalt- und Diskriminierungserfahrung, Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum und die Qualität des direkten Zusammenlebens in der Nachbarschaft, Zugang zu Hilfs- und Förderangeboten sowie die Beziehung zu Sicherheits- und Ordnungsbehörden und die Möglichkeiten mitzugestalten. So ist zunächst die Einsicht der gemeinsamen Stärke ins Bewusstsein gerückt; nur ein vernetztes Handeln kann sicherheitsrelevante Probleme nachhaltig lösen, lebenswerte Städte gestalten und das friedliche Zusammenleben in einer sich ausdifferenzierenden und vielfältigen Gesellschaft fördern.

Darüber hinaus ist aber gerade auch auf städtischer Seite die Einsicht gewachsen, dass die gemeinschaftliche „Produktion“ von urbaner Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger die Attraktivität der Stadt und damit ihre Konkurrenzfähigkeit im wachsenden Wettbewerb um Neubürgerinnen und Neubürger, aber auch Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor ist.

Die Erkenntnis um die wachsende Verletzlichkeit unserer Städte, um die existenzbedrohenden Gefahren, die z.B. von einem umfassenden Cyberangriff auf die kritische Infrastruktur ausgehen oder Großschadensereignissen wie Unwettern, Terrorangriffen und Pandemien, hat den Blick auf die Fragen urbaner Sicherheit geschärft.

Umso erstaunlicher ist es, dass Werke, die Fragen und Herausforderungen der ‚Urbanen Sicherheit‘ umfassend analysieren und zukunftsgerichtete Lösungsansätze benennen, beschreiben und bewerten nach wie vor ‚Mangelware‘ sind. Da ist es mir eine Freude, dass Uwe Gerstenberg als anerkannter Sicherheitsexperte sich dieser wichtigen Aufgabe angenommen hat und als ‚Nichtkommunaler‘ die Lösungsansätze für eine sichere und resiliente Stadt sichtet und ihre Evidenz kritisch hinterfragt. Die Kommunen benötigen den Blick von außen als wichtiges Korrektiv eigenen Handelns; gerade jetzt in Zeiten einer pandemischen Lage, die als ‚Langzeitkatastrophe‘ das kommunale wie das privatwirtschaftliche Sicherheitshandeln nachhaltig prägen wird, ist der verstärkte Erfahrungsdiskurs zwischen den Sicherheitsexperten aus dem öffentlichen und privaten Sektor unverzichtbar.

Den Gedanken des nunmehr vorgelegten Buchs wünsche ich daher das verdiente Interesse in einer Zeit der Weiter- und Neujustierung urbaner Sicherheit.

April 2021

Christian Kromberg

Beigeordneter in Essen

Geschäftsbereich "Allgemeine Verwaltung, Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung"

1.0 »Prolog«

Wir leben in einer Zeit der permanenten Veränderungen. Digitalisierung und Globalisierung verändern uns Menschen gesellschaftlich, ökonomisch, politisch sowie technologisch. Es gab schon immer transformationelle Entwicklungen unserer Gesellschaft, die uns aber jeweils über einen längeren Zeitraum begleitet haben, z. B. der Buchdruck. Doch nun im Zeitalter der exponentiellen Entwicklungszyklen passiert alles in Echtzeit. Die nächste Welle der Industrialisierung rauscht heran, Roboter übernehmen unsere Arbeit. Wir unterliegen einem tiefgreifenden Wandel in allen Lebensbereichen und dies mit exponentieller Geschwindigkeit – Transformation ist längst zu einem Zustand geworden.

Dadurch empfinden wir alles als flüchtig und nicht greifbar. Je mehr Gewohnheiten sich auflösen, desto unsicherer fühlen wir uns. Wir haben die Sehnsucht nach Halt und Sicherheit. Die Deutschen haben Angst. Gesellschaftliche Umbrüche – Flüchtlingskrise, Terrorismus, Rechtspopulismus – verunsichern eine ohnehin furchtsame Nation im Privaten wie im Politischen, titulierte hierzu der Spiegel Classic; hinzu kommt der größte Unsicherheitsfaktor: Unwissenheit. Wir fürchten uns vor allem, was wir nicht kennen oder verstehen.

Glaubt man den Medienberichten und dem Grundrauschen in den sozialen Medien, sind die guten Zeiten vorbei. Kriminelle lauern hinter jeder Ecke auf uns, sei es im Netz oder im Park. Auf Sicherheit und Ordnung allein durch den Staat sollten wir nicht hoffen. Sicherheit – oder besser Unsicherheit – ist eine starke Emotion und, mehr noch als andere Gefühle, selbst gemacht. Die Überzeugung, man könne sowieso nichts ändern, macht uns hilflos und wir fühlen uns als Opfer der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Die bisher gelernte und gelebte Vollkasko-Mentalität der Deutschen verliert an Wirkung und dies in einer Zeit, in der es uns besser geht als je zuvor.

Dennoch: Angst ist ein schlechter Ratgeber, sagt der Volksmund, und er hat recht. Wer etwas bewegen will, sein Leben in die Hand nimmt und hierzu die entsprechenden Entscheidungen trifft, der braucht Vertrauen in sich und in die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Auf wen oder was wir vertrauen, prägt unser Leben.

Die Gesellschaft und viele Sektoren werden sich zeitnah komplett neu formieren müssen. Sei es im Bereich der Medizin, der Mobilität, der Medien, der Banken und auch der staatlichen Institutionen, um nur einige zu nennen. Gerade die großen Technologiekonzerne mit ihren unerschöpflichen Daten und Geldmitteln sind hier Innovator, Benchmark, Visionär und Treiber. Die gesamte Wirtschaft weltweit und der Staat selbst stehen vor neuen Herausforderungen, um gesellschaftliche Strukturen wieder zu festigen, Vertrauen herzustellen und öffentliche Sicherheit zu garantieren.

Der folgende Beitrag soll uns zeigen, wo wir stehen und was erforderlich ist, um mit den Herausforderungen des Transformationsprozesses bei der öffentlichen Sicherheit Schritt zu halten. Zunächst werden der aktuelle Stand der Sicherheitsarchitektur hinsichtlich der gefühlten und tatsächlichen Sicherheit in deutschen Großstädten sowie die Schwachstellen in Bezug auf kritische Infrastruktur und Terrorismus geschildert und anschließend Lösungswege zur Erhöhung der Sicherheit für Städte und Kommunen vorgestellt. Darüber hinaus wird das zukunftsweisende Konzept Smart City veranschaulicht, bevor abschließend der Blick auf die Entwicklung unseres Nachbarlandes, den Niederlanden, erfolgt.

2.0 »Die Sicherheitsarchitektur deutscher Großstädte«

Das Leben in einer Großstadt bietet vielerlei Vorzüge. Die Nähe zum qualifizierten Arbeitsplatz plus die innerstädtische Mobilität durch eine gut vernetzte Infrastruktur mit Bus und Bahn locken die Menschen in deutsche Großstädte. Ebenso zeichnen die umfangreichen Einkaufsmöglichkeiten sowie die interessanten und abwechslungsreichen Unterhaltungsprogramme urbanes Leben aus.

Voraussetzung für ein funktionierendes Miteinander in Ballungsgebieten ist grundlegend das Thema „Sicherheit und Ordnung“. Urbane Sicherheit umfasst eine große Vielfalt von Aufgaben, an ihrer Schaffung und Aufrechterhaltung ist eine Vielzahl an Akteuren beteiligt. Die öffentliche Sicherheit ist grundsätzlich eine staatliche Aufgabe, die in unserem föderativen System durch unterschiedliche Akteure wahrgenommen wird.

Städte und Kommunen stehen vor großen Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die zunehmende Bereitschaft zur Gewaltanwendung oder das Verharmlosen von Kleinkriminalität zu Kavaliersdelikten haben zu mangelndem Unrechtsbewusstsein und zum Wertewandel innerhalb der Gesellschaft geführt. Gleichzeitig werden kurzfristige Sofortmaßnahmen, die auf die aktuelle Bedrohung, z. B. durch den Terrorismus, reagieren, umgesetzt. Es bedarf jedoch einer Strategie, die mittelfristig die Sicherheits- und Ordnungsmaßnahmen verstärkt und langfristig Präventionskonzepte beinhaltet, die nachhaltig positiven Einfluss auf die Kriminalitätsentwicklung der Stadt haben.

Diese umfassenden Problemstellungen / Entwicklungen sind nur in / mit einem interdisziplinären Ansatz zu lösen. In diesem Sinne kann eine Strategie für Sicherheit und Ordnung einer Stadt nur dann erfolgreich sein, wenn sie auch in die Stadtpolitik eingebunden ist. Das heißt, Politik und Gesetzgebung, Stadtplaner und Architekten, private und öffentliche Entwickler und Bauunternehmer, Sozialarbeiter, Geschäftsleute, Verbände, wie z. B. der Einzelhandelsverband, die Bildungseinrichtungen sowie Polizei und Ordnungskräfte sind gleichermaßen gefordert.

Auch die Menschen müssen sich wieder mit dem öffentlichen Raum identifizieren, sich darin wohl fühlen, ihn als ihren Raum wichtig nehmen und sich dafür verantwortlich sehen.¹

Die einzelnen Akteure haben alle eigene Handlungsaufträge und Notwendigkeiten, doch ihr gemeinsames Handeln ist bedeutsam, wenn es darum geht, bei der Umsetzung von Präventionskonzepten mitzuwirken, um zu verhindern, dass sich *Angsträume*² bilden, Kriminalitätsschwerpunkte entstehen und schwierige Sozialstrukturen sich entwickeln oder etablieren können.

Zunächst sind jedoch einige Differenzierungen vorzunehmen, die sich mit der objektiven und subjektiven Sicherheit sowie der Definition von *Angst-* und *Gefahrenräumen* befassen.

¹ Vgl. Hiller, Klaus: *Sicherheit im Stadtquartier - Angsträume und Präventionsmaßnahmen*, Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Stadtmarketing-Tag des Einzelhandelsverbandes BW e.V., Stuttgart, 29. November 2010, S. 6.

² Erklärung: *Raum an dem Menschen Angst empfinden*, Erläuterung unter Pkt. 2.2

2.1 »Differenzierung zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit«

Wenn man von Sicherheit spricht, muss man zwischen objektiver und subjektiv empfundener Sicherheit unterscheiden. Ob sich die Menschen im öffentlichen Raum, d. h. auf den Straßen, Plätzen und Grünanlagen einer Stadt sicher fühlen, hängt nicht ausschließlich von der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung ab. Neben dem objektiven Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, spielt auch das subjektive Sicherheitsempfinden, die „gefühlte“ Sicherheit, eine große Rolle. Oft lässt sich ein beeinträchtigtes subjektives Sicherheitsgefühl anhand der rein objektiven Kriminalitätslage nicht nachvollziehen. Unvollständige Informationen und „Fake News“ sind die größten Gefahren für die Entwicklung subjektiver Sicherheitsempfindungen.

Die subjektive und objektive Sicherheit eines Stadtviertels entscheiden über Zu-/Wegzug der Bewohner und die Ansiedlung von Gewerbebetrieben und beeinflussen somit den Wirtschaftsfaktor für die Kommune. Bei der Ansiedlung von Unternehmen spielen nicht nur die Gewerbesteuerätze oder die verkehrliche Anbindung eine Rolle, sondern zunehmend auch die Kriminalitätsbelastung.

Objektive Sicherheit im öffentlichen Raum wird z. B. erzeugt durch:

- belebte Orte
- gepflegte Bauten
- gute Beleuchtung
- Übersichtlichkeit
- gute Orientierungsmöglichkeiten
- keine Versteckmöglichkeiten
- Verantwortlichkeit der Bewohner
- Ordnungsfaktoren
- Sicherheitspräsenz

Das *subjektive Sicherheitsgefühl* wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst, die von jedem Einzelnen individuell wahrgenommen und unterschiedlich bewertet werden.

Einflussfaktoren auf die subjektive Sicherheit sind:

- persönliche Betroffenheit
- Alter, Geschlecht
- Bildungsgrad
- persönliche Ängste
- eigene Erfahrungen
- Einschätzung der eigenen Schutz- und Vermeidungsmöglichkeiten
- Berichterstattung in den Medien
- Toleranzniveau gegenüber abweichendem Verhalten
- Wissen um die Möglichkeiten, sich selbst zu schützen und Risiken vorzubeugen
- Wohnumfeld

2.2 »Erläuterung der Begrifflichkeit Angstraum im Gegensatz zum Gefahrenraum«

Der Begriff *Angstraum* bezeichnet allgemein einen Ort, an dem Menschen Angst empfinden können. Bei der Entstehung von *Angsträumen* spielt nicht nur das eigene Erleben, die Furcht oder die eigene Wahrnehmung eine Rolle, sondern auch das Erleben, die Ängste und die Wahrnehmung anderer Personen, die ihre Erfahrungen und Ängste weitergeben.³ Konkret sind damit öffentliche Räume gemeint, in denen das Gefühl einer Bedrohung durch Kriminalität, insbesondere durch Straßengewalt, bei vielen Menschen besonders stark ausgeprägt ist. Der Begriff kann sich sowohl auf ganze Straßenzüge beziehen, als auch auf kleine Bereiche, etwa unübersichtliche Stellen in Parkhäusern oder dunkle Unterführungen.

Bei der Entstehung von *Angsträumen* steht nicht die tatsächlich vorhandene Bedrohung im Vordergrund. Oftmals steht die Wahrnehmung von Gefährdungen der tatsächlichen Gefahrenlage deutlich entgegen. In der Regel geschehen an solchen Orten nicht mehr Verbrechen als an anderen.

Ein *Angstraum* entsteht, wenn sich die Menschen in diesem Raum nicht mehr wohl und sicher fühlen. Das subjektive Sicherheitsgefühl ist dann so stark beeinträchtigt, dass die Menschen ihre Lebensgewohnheiten ändern und diesen Raum meiden.⁴ *Angsträume*, die gemieden werden, verwahrlosen mit der Zeit, Vandalismus und Vermüllung nehmen zu. Durch die Abwesenheit anderer Menschen fehlt auch die soziale Kontrolle.⁵ Das wiederum zieht Straftäter an, und die objektive Kriminalitätsbelastung steigt.

³ Pahle-Franzen, Ulrike: *Stadt als Angstraum. Untersuchungen zu rechtsextremen Szenen am Beispiel einer Großstadt*, Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Dissertation, Karlsruhe 2011, S. 71.

⁴ Vgl. *Deutscher Mieterbund e.V., Sicher wohnen*, In: *Mieterzeitung*, Nr. 3, Juni 2014, S. 8ff.

⁵ Ein Begriff des amerikanischen Soziologen Edward Alsworth Ross 1896 der mit einem Aufsatz im *American Journal of Sociology* als *Social Control* in die sozialwissenschaftliche Diskussion einführte.

Merkmale von *Angsträumen* sind:

- unüberschaubares Gebiet
- Aufenthalt von Personen oder Personengruppen mit unerwünschtem Verhalten
- Versteckmöglichkeiten für potenzielle Täter (z. B. durch dichte Hecken oder Nischen im Mauerwerk)
- nicht einsehbare Funktionsbereiche (z. B. zurückgesetzte Hauseingänge)
- fehlende Blickbeziehungen (z. B. in verwinkelten Unterführungen)
- fehlende oder mangelhafte Orientierungsmöglichkeiten (z. B. fehlende Straßenschilder oder Hinweis auf Notrufeinrichtungen)
- fehlende Sozialkontrolle (z. B. abends in Innenstädten und Einkaufspassagen)
- wenig Präsenz von Polizei und Sicherheitskräften
- fehlende Wahlmöglichkeiten bei der Durchquerung des Raumes
- keine Ausweichmöglichkeiten
- bauliche Verwahrlosung
- fehlende oder mangelhafte Beleuchtung
- Vermüllung, Graffiti und Vandalismus
- Geruch⁶

Von den *Angsträumen* abzugrenzen sind die sogenannten *Gefahrenräume*. Als *Gefahrenräume* werden die Räume bezeichnet, in denen tatsächlich raumbezogene Kriminalität sowie antisoziales und deviantes Verhalten nachgewiesen werden können. Nicht nur schwere Delikte beeinträchtigen die Sicherheit der Bevölkerung, sondern insbesondere Alltags- und Kleinkriminalität, aber auch antisoziales Verhalten außerhalb der Strafbarkeit.⁷

⁶ Vgl. z.B. *Stadt Wuppertal: Angstraumkonzept 2015, Wuppertal, Februar 2015, S. 7ff.*

⁷ *Verbundprojekt transit, Landeskriminalamt Niedersachsen, Sicherheit im Wohnumfeld – Gegenüberstellung von Angsträumen und Gefahrenorten, Hannover 2015, S. 3f.*

Gemäß der *Broken-Windows-Theorie* („Theorie der zerbrochenen Fenster“) von 1982 besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Verwüstungen in und Vernachlässigung von Stadtgebieten und Kriminalität. Die US-amerikanischen Sozialforscher James Q. Wilson und George L. Kelling illustrierten die Aussage ihrer Theorie mit der Behauptung, dass eine zerbrochene Fensterscheibe schnell repariert werden muss, damit weitere Zerstörungen im Stadtteil und damit vermehrte Delinquenz verhindert werden.⁸ Studien haben auch ergeben, dass instand gehaltene sowie reine Flächen und Gebäude als sicherer empfunden werden, da Beschädigung die Anwesenheit von Gewalt suggeriert. Konkret bedeutet das: Wird in einem Stadtviertel nichts gegen Verfall und Unordnung, wie z. B. Vandalismus, Graffiti, aggressives Betteln, herumliegender Müll, öffentliches Urinieren, dröhnende Musik, Prostitution, Alkoholiker (die ihren Rausch ausschlafen), öffentlicher Drogenkonsum und -verkauf, Kleingruppen aus aggressiv pöbelnden Jugendlichen und dergleichen unternommen, wird das zum Indiz dafür, dass sich niemand um diese Straße oder dieses Stadtviertel kümmert und es außer Kontrolle geraten ist.

Daraufhin ziehen sich die Menschen auf ihren engsten Kreis zurück, das Gebiet, für das sie sich verantwortlich fühlen, reduziert sich auf die eigene Wohnung. Damit unterliegt dann der öffentliche Raum nicht mehr der informellen nachbarschaftlichen Verantwortung. Die räumliche und soziale Verwahrlosung sind somit Symptome für den Zusammenbruch grundlegender Standards des zwischenmenschlichen Verhaltens und der Fähigkeit der Kommune für Sicherheit und Ordnung zu sorgen.⁹ Werden Verschmutzungen, Müll und Vandalismusschäden jedoch rasch beseitigt, beugt das dem Eindruck von Verwahrlosung vor. Das subjektive Sicherheitsgefühl wird dadurch erhöht.¹⁰

⁸ *Kriminallexikon online: Theorie der zerbrochenen Fenster.* www.krimlex.de. [abgerufen am 18.05.2018]

⁹ Hess, Henner: *Die Erfindung des Verbrechens*, Berlin 2015, S. 145

¹⁰ Prosser, Susanne: *Die 12 wichtigsten Kriterien für eine sichere Stadt*, 27. März 2017, www.stadtmarketing.eu/sicherestadt/.

2.3 »Kritische Infrastrukturen (KRITIS)«

Kritische Infrastrukturen (KRITIS) sind Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.¹¹ Das Bundesministerium des Inneren gliedert kritische Infrastrukturen in neun Sektoren mit entsprechenden Branchen:

- Energie: Elektrizität, Gas, Mineralöl
- Informationstechnik und Telekommunikation
- Transport und Verkehr: Luftfahrt, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt, Schienenverkehr, Straßenverkehr, Logistik
- Gesundheit: Medizinische Versorgung, Arzneimittel und Impfstoffe, Labore
- Wasser: Öffentliche Wasserversorgung, Öffentliche Abwasserbeseitigung
- Ernährung: Ernährungswirtschaft, Lebensmittelhandel
- Finanz- und Versicherungswesen: Banken, Börsen, Versicherungen, Finanzdienstleister
- Staat und Verwaltung: Regierung und Verwaltung, Parlament, Justizeinrichtungen, Notfall-/Rettungswesen einschließlich Katastrophenschutz
- Medien und Kultur: Rundfunk (Fernsehen und Radio), gedruckte und elektronische Presse, Kulturgut, symbolträchtige Bauwerke

Kritische Infrastrukturen bilden also die Grundlage der Funktionsfähigkeit moderner Gesellschaften. Ihre Schädigung kann nicht nur das Wirtschaftssystem und die Umwelt und die öffentliche Ordnung beeinträchtigen, sondern auch zum Verlust von Menschenleben führen.

¹¹ Vgl. BBK, 2012

Demnach sollten Staat, Städte und Kommunen besonders bestrebt sein, dass es nicht zu gravierenden Versorgungsausfällen kommt. Diese können nur vermieden werden, wenn die Betreiber Kritischer Infrastrukturen, die staatliche Notfallsorge, aber auch die Bevölkerung selbst Vorsorge betreiben. Hierfür müssen die Betreiber Kritischer Infrastrukturen ihre Infrastrukturen stets den sich verändernden Gefahren und Risiken anpassen und vorab Präventionsmaßnahmen betreiben. Die staatliche Notfallsorge muss ebenfalls ihre bereits bestehenden Notfallsysteme und -kapazitäten optimieren, um so mögliche Versorgungsausfälle abfangen und ein Mindestmaß an Ersatzvorsorge bereitstellen zu können. Außerdem ist darauf zu achten, dass die Bevölkerung dafür sensibilisiert wird, selbst auch Eigenvorsorge zu betreiben, um sich so bei einem Ausfall zumindest eine gewisse Zeit eigenhändig helfen zu können.



Der Begriff *Angstraum* bezeichnet allgemein einen Ort, an dem Menschen Angst empfinden können.
Foto: Tunnel in Konstanz © Uwe Gerstenberg

2.4 »Terrorismus / Extremismus in Deutschland«

Beinahe überall auf der Welt existiert terroristische Gewalt. Deutschland selbst ist lange Zeit von terroristischen Anschlägen verschont geblieben. Der bisher opferreichste Anschlag in Nachkriegsdeutschland ereignete sich im Jahr 1980: Die Explosion einer Bombe am Haupteingang des Oktoberfestes in München mit 13 Toten und mehr als 211 Verletzten. Die Aufdeckung der NSU-Mordserie Ende des Jahres 2011 zeigt deutlich „die fortdauernde Virulenz des Rechtsterrorismus“. Aber auch sozialrevolutionär geprägte Gruppen haben in Deutschland bereits eine große Zahl von Anschlägen verübt. So hat die RAF insgesamt den Tod von 34 Menschen zu verantworten.¹²

Der Verfassungsschutz zählt für das Jahr 2019 etwa 33.500 Linksextremisten, davon 9.200 sogenannte Gewaltorientierte – mit einer leicht zunehmenden Tendenz. Die Anzahl von Rechtsextremisten hat sich hingegen in Deutschland mit insgesamt 32.080, darunter 13.000 Gewaltorientierte, im Vergleich zu den vergangenen Jahren erheblich gesteigert (vgl. Verfassungsschutzbericht 2020).

Momentan ist weltweit vor allem ein vermehrtes Aufkommen von islamistisch motivierten Gewalttaten zu beobachten. In Deutschland selbst hatte sich jedoch bis zum Dezember 2011 nur ein einziger Anschlag mit einem islamistischen Motiv ereignet: die Erschießung von zwei amerikanischen Soldaten am Frankfurter Flughafen. 2016 kam es mit dem Anschlag auf einem Berliner Weihnachtsmarkt zum bisher größten Anschlag in Deutschland. Zwölf Menschen starben dort. Zuvor gab es kleinere Vorfälle ohne Todesopfer ins Ansbach, Essen, Hannover und Würzburg.

Vereitelte Anschläge und tatsächlich stattgefundene Anschläge wie in Berlin, Paris, Brüssel und Nizza haben die Angst, auch Opfer von Terrorismus zu werden, mehr in das Bewusstsein vieler Menschen in Deutschland und in Europa gebracht und spürbare Auswirkungen auf die ohnehin bereits verunsicherte Gesellschaft (vgl. Hegemann/Kahl 2018: 2f.).

¹² Vgl. Hehemann/ Kahl, 2028, S. 1f

3.0 »Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit«

Welches sind nun konkret geeignete Maßnahmen, um eine Stadt in Bezug auf Ordnung und Sicherheit zukunftsfähig zu beeinflussen und *Angst-* sowie *Gefahrenräume* zu minimieren?

Ein Lösungsansatz, um Verwahrlosung vorzubeugen und die Entstehung von Angst- und *Gefahrenräumen* zu verhindern, setzt soziale Kontrolle voraus. Anwohner müssen sich für ihr Umfeld mitverantwortlich fühlen und im Fall des Falles Zivilcourage aufbringen. Voraussetzung dafür ist, dass sie sich mit dem Gebiet, in dem sie wohnen, identifizieren und sich damit auseinandersetzen. Die Förderung der persönlichen Identifikation mit dem Lebensgebiet fördert die Bereitschaft zur Verantwortung.¹³ Dabei muss die soziale Balance gewahrt sein. Ghettoisierung und Isolation von sozialen Gruppen oder Ethnien führen eben gerade nicht zur Möglichkeit der sozialen Kontrolle, sondern häufig zur Ausbildung von polizeilichen Brennpunkten.¹⁴

Es wird deutlich, dass nicht nur die Bürger gefragt sind, sondern auch städtische Betriebe, staatliche Ministerien, Ordnungs- und Sicherheitsakteure sowie Stadtplanung und Verbände involviert sein müssen. Zur erfolgreichen Umsetzung notwendiger Maßnahmen ist es erforderlich, die entsprechenden Rahmenbedingungen für die jeweiligen Akteure und ihrer Kooperation zu schaffen. Diese beinhalten bauliche Maßnahmen, Ordnungs- und Sicherheitspräsenz, Community Policing, Konsequenz und Glaubwürdigkeit von Politik und Justiz, engere Kooperation zwischen Ämtern in einem vernetzten Ansatz sowie effektiven und korrekten Informationstransfer.

Durch bauliche und gestalterische Maßnahmen können als gefährlich wahrgenommene öffentliche Räume, in denen sich Straftaten, unerwünschte Verhaltensweisen und Unordnungszustände häufen, verbessert werden. Dabei geht es auch um die Beseitigung subjektiv empfundener *Angsträume*.

¹³ Vgl. Schrenk/Popovich, 2012, CD-ROM.

¹⁴ Vgl. Hiller, 2012, S.7.

Anfang der 1970er Jahre hat der US-amerikanische Architekt und Städteplaner *Oscar Newman* die *Theorie des Schutz bietenden Raumes* „Defensible Space Theory“ aufgestellt.¹⁵ Danach soll ein Raum geplant werden mit

- realen und symbolischen Barrieren
- einem planerisch definierten Bereich der Einflussnahme durch die Bewohner
- Gelegenheiten der natürlichen Überwachung und sozialen Kontrolle.

Aus diesen Kriterien leitet Newman vier Prinzipien der kriminalpräventiven Planung ab:

Prinzip 1: Territorialität

Nach diesem Prinzip wird die Wohnumwelt zониert und gegenüber Fremden durch reale oder symbolische Barrieren markiert. Das Prinzip der Territorialität fördert unter den Bewohnern die Verantwortung für den jeweiligen Raum (z. B. Pflege von Pflanzen im öffentlichen Raum, Fegen des Bürgersteigs, Aufsammeln von Papier).

Prinzip 2: Natürliche Überwachung

Mit baulichen Mitteln soll eine natürliche Wachsamkeit in der Nachbarschaft erzeugt werden, z. B. durch die Ausrichtung der Fenster zur Straße hin. So wird die soziale Kontrolle erleichtert und gefördert.

Prinzip 3: Image

Durch ästhetisch ansprechende und akzeptierte Gebäudeformen und eine entsprechende Umfeldgestaltung lässt sich das Image eines Wohngebietes positiv beeinflussen. Ein positives Image zieht eine Steigerung der privaten Investitionen sowie des Engagements der Bewohnerschaft nach sich.

¹⁵ Vgl. z. B. *Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Sicheres Wohnquartier - Gute Nachbarschaft, Handreichung zur Förderung der Kriminalprävention im Städtebau und in der Wohnungsbewirtschaftung Hannover, August 2005, S. 8ff.*

Prinzip 4: Milieu

Dieses Prinzip fordert die städteplanerische Anordnung der Gebäude ausgerichtet auf eine hohe soziale Kontrolle. Öffentliche Räume und Freiflächen im Wohnumfeld sollen nach den Kriterien *Sichtbarkeit* und *Überschaubarkeit* entworfen werden.

Ein *Defensible Space* bezeichnet also die Schaffung eines Wohnumfeldes, welches von seinen Bewohnern zur Verbesserung des Wohnens genutzt wird und gleichzeitig Sicherheit für die Familien, Nachbarn und Freunde bietet. Es geht um eine Reihe von Mechanismen, die reale (z. B. Mauern und Zäune) und symbolische (z. B. kleine Gärten, unterschiedliche Pflasterungen von Gehweg und Bürgersteig) Grenzen kreieren und verbesserte Möglichkeiten zur Überwachung bieten.¹⁶



Der Begriff *Defensible Space* bezeichnet die Schaffung eines Wohnumfeldes, welches von seinen Bewohnern zur Verbesserung des Wohnens genutzt wird und gleichzeitig Sicherheit bietet. Foto: Berlin © Uwe Gerstenberg

¹⁶ Dewerne, Yvonne: *Defensible Space*. Fern Universität Hagen, Institut für Psychologie, Hagen 2001, Kap. 2.2

3.1 »Videobewachung«

Videobewachung hilft dabei, Verbrechen aufzuklären, aber auch, diese zu verhindern. Um Straftäter abzuschrecken und Straftaten besser nachzuweisen, bedarf es einer Verstärkung der Videobewachung öffentlicher Plätze. So sollten nicht nur Kriminalitätsbrennpunkte, sondern auch sogenannte *Angsträume* und öffentliche Großveranstaltungen (z. B. Weihnachtsmärkte) generell in die Überwachung einbezogen werden.

Dennoch muss das Ausmaß der Videobewachung immer wieder auch kritisch hinterfragt werden. Bislang haben empirische Studien zur Videobewachung unterschiedliche Resultate ergeben: Einige Studien zeigten, dass Kriminalität nur verdrängt wurde, andere konnten auch in Nachbarschaftsgebieten einen Kriminalitätsrückgang verzeichnen. Andere Studien wiederum fanden beides oder zeigten überhaupt keine signifikanten Veränderungen.¹⁷

Am ehesten tritt der objektive Erfolg der Videobewachung (Kriminalitätsreduktion) auf Parkplätzen ein und vor allem dann, wenn die Videobewachung mit verbesserter Beleuchtung verbunden wird. Allerdings sind weniger die technischen Veränderungen für diesen Erfolg ursächlich, als vielmehr die Tatsache, dass die Einführung dieser Maßnahmen deutlich macht, dass man sich um dieses Viertel, diesen Stadtteil oder diese Gegend kümmert. Dadurch wiederum werden der soziale Zusammenhang und die informelle soziale Kontrolle in diesem Viertel verstärkt. Nachweisbar ein besonders präventiver Faktor.¹⁸

Allerdings kann die Videobewachung eine Verdrängung der Kriminalität aus den beobachteten Räumen in oftmals naheliegende, nicht überwachte Bereiche bewirken. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in beobachteten Gebieten ist jedoch angestiegen. Dies hat zur Folge, dass der Eindruck entsteht, die Gefahrensituation werde durch die Videobewachung technisch kontrolliert.

¹⁷ *Kriminallexikon online, Videoüberwachung im öffentlichen Raum, www.krimlex.de. [abgerufen am 18.05.2018]*

¹⁸ *Ebd.*

Überwachung muss jedoch nicht immer durch formelle Instrumente erreicht werden. Durch bauliche Maßnahmen und die Schaffung von *Defensible Space*, wie z. B. Fenster, die auf das Wohnumfeld gerichtet sind, können Anwohner die Ereignisse auf der Straße verfolgen und bieten damit die soziale Kontrolle als Alternative der Videobewachung.¹⁹ Überwachung muss nicht immer nur durch formelle Instrumente erreicht werden.



Videobewachung hilft dabei, Verbrechen aufzuklären, aber auch, diese zu verhindern.

Foto: Schweden © pixabay.de free license

¹⁹ Vgl. Feltes, Thomas: *Rechtliche Hürden für polizeiliche Videoüberwachung senken – mehr Sicherheit ermöglichen, Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung im Landtag Nordrhein-Westfalen, 27. September 2016, Düsseldorf.*

3.2 »Ordnungs- und Sicherheitspräsenz«

Öffentliche Ordnungs- und Sicherheitspräsenz werden grundsätzlich durch die Polizei, die städtischen Ordnungsämter und private Sicherheitsunternehmen gewährleistet. Sichtbare Polizeipräsenz im öffentlichen Raum hat eine präventive Wirkung. Sie stärkt sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden als auch die objektive Sicherheit. Inzwischen sind auch die Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter der kommunalen Ordnungsdienste (KOD) flächendeckend im Einsatz. Auf Straßen, Plätzen, Grünanlagen und Spielplätzen gewährleisten sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Ergänzung zur Polizei. Mit ihrer Präsenz und ihrem Handeln sorgen die Bediensteten der KOD dafür, dass die Sicherheit und Ordnung verbessert wird. Auch der gemeinsame Streifendienst aus Polizei und Ordnungsamt („Doppelstreife“) hat sich bewährt. Er sorgt für ein höheres Sicherheitsgefühl, sowohl in der Innenstadt als auch in anderen Stadtteilen. Die Doppelstreife geht auch gegen aggressives Betteln und andere Belästigungen vor und trägt damit zu einer Steigerung des Sicherheitsgefühls bei.

Qualifizierte private Sicherheitsunternehmen erbringen heute in erster Linie einen Beitrag für den betrieblichen und privaten Sicherheitsbereich und nehmen wenige Aufgaben im Rahmen des staatlichen Sicherheitsmonopols wahr. Da private Sicherheitsunternehmen insbesondere auf kommunaler Ebene aber einen gewichtigen Baustein im Gefüge der Sicherheitsstrukturen vor Ort darstellen,²⁰ kann die Einbindung solcher Unternehmen in Maßnahmen im Rahmen der „sicheren Stadt“ angezeigt sein. Die Möglichkeiten der Unterstützung und Zusammenarbeit können im Rahmen von Police-Private-Partnership-Initiativen festgeschrieben werden.

²⁰ Vgl. *Deutscher Städtetag, Sicherheit und Ordnung in der Stadt (Positionspapier)*, 16. November 2017, Berlin, S. 23.

3.3 »Community Policing – Bürgernähe ist wichtig«

Ein weiterer zielführender Ansatz ist das *Community Policing*, verstanden als eine stadtteilbezogene, an lokalen Problemlagen ausgerichtete, lösungsorientierte Polizei- und Präventionsarbeit. Allgemein bekannt ist noch der Polizeibeamte, der auf Fußstreife mit den Bewohnern „seines“ Stadtteils im engen Kontakt stand. Er bildete seine eigenen Einsatzschwerpunkte und war dort, wo man ihn brauchte. Der sogenannte Bezirksbeamte hat seinen Stadtteil im Griff, er war ansprechbar für jeden Einzelnen der ansässigen Bürger. Er nahm Anzeigen auf, erklärte den Grundschulern, wo Gefahren im Verkehr lauern und führte auch Gespräche über die Parksituation ebenso wie einen Plausch abseits polizeilicher Belange. Die Bezeichnung „Dorfsheriff“ trifft den Kern.

Die persönliche Nähe und Kontaktmöglichkeit zu den Bürgern und die Bewohnerorientierung sind wesentliche Elemente des *Community Policing*. Es wird deutlich gemacht, dass die potenziell betroffenen Bürger ernst genommen werden. Seitens der Stadt und der Polizei wird, im Hinblick auf eine gelingende Sicherheitsproduktion, Vertrauen zu den Bürgern aufgebaut.²¹

Die Polizei muss ihre Aufgaben flächendeckend gewährleisten. Dem steht in den letzten Jahren oft eine Stellenstagnation oder gar ein Stellenabbau entgegen. Nachdem die Kommunen sich zunehmend mit Projekten der Kriminalprävention an den gemeinsamen Bemühungen um verbesserte Sicherheitsstrukturen beteiligen, darf dies jedoch nicht mit einem Rückzug der Polizei aus der öffentlichen Präsenz einhergehen.

²¹ Vgl. Krusche, Jürgen (Hrsg.): *Die ambivalente Stadt - Gegenwart und Zukunft des öffentlichen Raums*, Berlin 2017

3.4 »Konsequenz, Kontinuität und Glaubwürdigkeit«

Konsequenz, Kontinuität und Glaubwürdigkeit sind Bedingungen, ohne die eine dauerhaft sichere Stadt nicht zu verwirklichen sein wird. Und dennoch fallen sie der Politik, aber auch der Justiz unendlich schwer. Politiker denken zumeist / zu oft in Legislaturperioden, Wahlkreisen, stimmenmaximierenden Projekten und medialer Aufmerksamkeit. Alle diese Faktoren sind Gegner einer Kontinuität (*Perpetuierung*). Als Perpetuierung werden die Aufrechterhaltung und Fortdauer einer Situation oder eines faktischen, sozialen oder rechtlichen Zustands bezeichnet. Der Erfolg und die Akzeptanz von Maßnahmen zur Sicherheit in den Städten werden wesentlich davon abhängen, dass sie von der Politik als dauerhaft begriffen werden. Es geht also nicht um schnelle Projekte und Sofortmaßnahmen gegen akute Bedrohungen, sondern um eine personelle und finanzielle Durchhaltefähigkeit, die es ermöglicht, mittel- und langfristige Sicherheitsmaßnahmen umzusetzen und Präventionsmaßnahmen zu etablieren.

Auch im Rahmen der Gerichtsbarkeit ist häufig zu beobachten, dass die Strafen bzw. persönlichen Einschränkungen, die verhängt werden, grotesk niedrig ausfallen und keine abschreckende Wirkung entfalten. Dies konterkariert die erfolgreiche Arbeit von Ordnungs- und Sicherheitskräften. Hier ist es wichtig, bestehende Gesetze konsequent anzuwenden und den gegebenen Strafrahmen auszuschöpfen.

Ein Lösungsansatz können z. B. Schnellgerichte sein, die dafür sorgen, dass Kleinkriminelle binnen einer Woche vor dem Richter landen, ein Idealfall für diese Tätergruppe. Das bedeutet, die mutmaßlichen Täter werden nach der Tat sofort in Gewahrsam genommen und müssen dann per Gesetz innerhalb einer Woche verurteilt werden. Voraussetzung: Ein schlichter Sachverhalt und meist ein Täter ohne Wohnsitz. Voraussetzung ist jedoch eine zügige Zusammenarbeit zwischen Gericht, Staatsanwaltschaft und Polizei, sonst ist ein Urteil innerhalb einer Woche nicht möglich.

Auch wird immer wieder über die Verschärfung des Jugendstrafrechtes diskutiert. Die Zunahme von brutalen Taten, gerade von Jugendlichen, fördert die regelmäßige politische Diskussion. Sicherlich sind hier Präventionskonzepte hilfreicher, damit junge Menschen von vornherein Abstand von dem Gedanken an eine Straftat nehmen.

Politik und Politiker fokussieren zuweilen die Bekämpfung einiger Erscheinungsformen von Kriminalität, aber nicht deren Ursachen. Soziale Disparitäten, Exklusion, Armut und Arbeitslosigkeit stehen in engem Zusammenhang mit der Kriminalitätsentwicklung, was allerdings weder von der Bevölkerung, noch von der Politik wahrgenommen wird. Die eingesetzten repressiven Mittel verstärken das Problem, und präventive Mittel richten sich gegen die Symptome, nicht aber gegen die Ursachen. Zu oft müssen Maßnahmen zudem als „symbolische Politik“ bezeichnet werden. Es existiert ein Kreislauf steigender Repressivität und Punitivität.²² Man überbietet sich gegenseitig, wer als Erster schnell genug einen Anlass nutzt, um politische Forderungen zu stellen. Hierzu wird aktuell jedes Gewaltereignis benutzt. Eine „symbolische Politik“ beseitigt weder Kriminalität, noch die ihr zugrunde liegenden sozialen Probleme. Sie schafft und verstärkt beides. Dabei werden die sozialen Folgen und Kosten von Kriminalität, ebenso wie die sozialen Ursachen und die Zusammenhänge unterschätzt. Glaubwürdigkeit und ein korrektes Adressieren der Ursachen anstelle von „Symbolpolitik“ ist daher entscheidend für die Schaffung einer annähernd sicheren Stadt.

²² *Wikipedia: Normabweichung stark sanktionieren*

3.5 »Vernetzter Ansatz in den Verwaltungen«

Das aus dem militärischen Bereich bekannte Konzept des *vernetzten Ansatzes* kann auch bei einem *Konzept der sicheren Stadt* wertvolle Dienste leisten. Häufig ist es so, dass z. B. von einer räumlichen oder baulichen Maßnahme in der Stadt im Zeitverlauf mehrere Ämter (wie Ordnungsamt, Grünflächenamt, Stadtplanungsamt, Jugendamt, Umweltamt usw.) und Institutionen betroffen sind, diese aber weder einbezogen, noch vernetzt werden. Maßnahmen im Rahmen einer „sicheren Stadt“ werden in Ämterzuständigkeit gesehen. Das ist nicht zielführend.

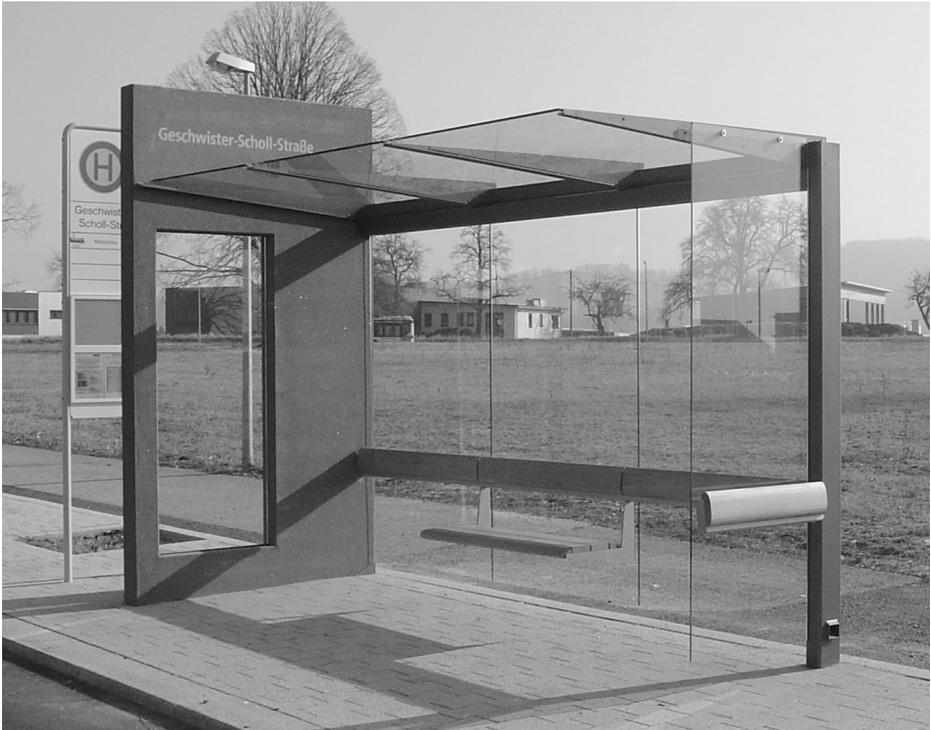
Zu Beginn eines Konzeptes zu Maßnahmen im Rahmen der „Sicheren Stadt“ sollte daher eine „Working Group“ aus betroffenen Ämtern, der Polizei und wichtigen zivilgesellschaftlichen Institutionen gebildet werden, die regelmäßig auch kurzfristig mit entscheidungsbefugten Vertretern zusammengerufen werden kann. Diese „Working Group“ entscheidet fortlaufend gemeinsam über Planung, Durchführung und Betrieb von Maßnahmen zur „Sicheren Stadt“. Die Gruppe wird geleitet von einem Vorsitzenden, der keiner der teilnehmenden Ämter und Institutionen angehört, daher keine eigenen Interessen und Agenden hat und somit als „ehrlicher Makler“ auftreten kann. Dieser Vorsitzende kann nicht aus der Verwaltung selbst kommen, sondern sollte befristet (z. B. zweimal vier Jahre) von außerhalb besetzt werden. Hierfür sollte eine vertragliche Tätigkeitsbindung und kein Dienstposten geschaffen werden, um Bewerber aus der Verwaltung mit den üblichen Bewerbungsverfahren und Karrierewegen auszuschließen.

3.6 »Korrekt und umfassender Informationstransfer«

Die Sorge, persönlich durch Kriminalität gefährdet zu sein, nimmt seit Jahren auffallend zu.²³ Vor sieben Jahren fühlten sich noch zwei Drittel sicher; nur 26 Prozent machten sich Sorgen, sie könnten Opfer eines Verbrechens werden. 2014 lag dieser Anteil bereits bei 45 Prozent, 2017 bei 51 Prozent. Der Anteil der Männer, die aus Sorge vor Übergriffen bestimmte Gebiete meiden, ist in den letzten zehn Jahren von 23 auf 30 Prozent gestiegen, bei Frauen von 42 auf 56 Prozent. Dieselbe Entwicklung zeigt sich bei den generellen Sorgen, Opfer eines Verbrechens zu werden. Noch vor sieben Jahren fühlten sich 71 Prozent der Männer und 60 Prozent der Frauen weitgehend sicher. 2017 haben noch 54 der Männer, aber nur 37 Prozent der Frauen dieses Gefühl. So die Ergebnisse der letzten Umfragen vor drei Jahren.

In den letzten Jahren ist mithin das subjektive Sicherheitsempfinden tendenziell gesunken – nicht zuletzt aufgrund von Informationen, die über Medien, auch Social Media, täglich verbreitet werden. Auch Gerüchte und Geschichten über „berüchtigte“ Stadtteile, Straßen und Plätze tragen dazu bei, dass Menschen sich an bestimmten Orten unsicher fühlen. Korrekte und vollständige Informationen, ebenso wie eine effektive Kommunikation dieser von den relevanten Stellen sind deshalb wichtig, weil Menschen dazu neigen, zu verallgemeinern und das Schlechteste anzunehmen, wenn sie keine oder zu wenige Informationen erhalten.

²³ Köcher, Renate: Die diffusen Ängste der Deutschen; in: Frankfurter Allgemeine, 17. Februar 2016, www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-zeigt-angst-um-innere-sicherheit-steigt-140738_05.html



Beispiel für sichere Stadtmöblierung. Foto: © Uwe Gerstenberg

4.0 »Die Zukunft wird „Smart City“«

Nachdem wir zunächst den Sachverhalt eingeordnet haben, um anschließend Lösungswege aufzuzeigen, möchten wir jetzt einen positiven Blick in die Zukunft wagen.

Während sich der Begriff der öffentlichen Sicherheit heute noch stark auf die Unversehrtheit der Bürger sowie der öffentlichen Infrastruktur begrenzt und eng mit Begriffen wie Polizei, Feuerwehr und Gesundheitswesen verknüpft ist, weitet sich der Sicherheitsbegriff in Zukunft auch auf den Schutz der neu geschaffenen und alles verbindenden Kommunikationsinfrastruktur aus.²⁴ In intelligenten Städten lässt er sich daher in zwei Kategorien einordnen: zum einen in die unmittelbare Sicherheit von Bürgern und Versorgungseinrichtungen und zum anderen in die Sicherheit, beziehungsweise Funktionsfähigkeit, der alles durchdringenden Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen. Die Vorteile einer vernetzten, stadtübergreifenden Kommunikationsinfrastruktur bergen das Risiko der Verletzbarkeit mit unmittelbaren Auswirkungen auf essenzielle Bereiche der städtischen Infrastrukturen.²⁵ Diese Infrastrukturen gilt es zu schützen.

In diesem Zusammenhang ist das Konzept der *Smart City* von Bedeutung. *Smart City* ist ein Begriff, der seit den 2000er Jahren von unterschiedlichen Akteuren in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Stadtplanung verwendet wird, um technologiebasierte Veränderungen und Innovationen in urbanen Räumen zusammenzufassen. Die Idee der *Smart City* geht mit der Nutzbarmachung digitaler Technologien einher und stellt zugleich eine Reaktion auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen dar.

Mit der steigenden Urbanisierung wachsen entsprechende urbane Infrastrukturen heran und, in Verbindung mit der fortschreitenden Digitalisierung, auch die Chancen für Effizienzsteigerungen. Durch die zunehmende Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) können physische und digitale Infrastrukturen vernetzt werden, sodass eine effizientere Nutzung von Ressourcen ermöglicht werden kann.²⁶

Die *Smart City*-Debatte schlägt somit die Brücke zwischen den beiden Herausforderungen der heutigen Zeit: dem Anwachsen urbaner Infrastrukturen und dem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Für eine sichere Stadt ist damit heute auch die Frage entscheidend: Wie werden kritische Infrastrukturen wie Strom, IKT, Wasserkraft und Notfallversorgung geschützt? Gerade in Zeiten des Internets spielt auch Cybercrime eine immer größere Rolle. Einhergehend mit dem Begriff *Smart City* fällt auch immer wieder der Begriff E-Governance.



*Terrorabwehrsperrn als Konsequenz auf den Anschlag in Nizza.
Smart City. Foto: London © Uwe Gerstenberg*

²⁴ Vgl. www.fokus.fraunhofer.de/smart_cities_lab/themen/sicherheit [abgerufen am 18.05.2018]

²⁵ Vgl. www.ict-smart-cities-center.com/smart-cities/sicherheit/. [abgerufen am 21.05.2018]

²⁶ Vgl. www.adelphi.de/de/projekt/smart-cities-werden-nachhaltig-umwelteffekte-intelligenter-urbaner-infrastrukturen [abgerufen am 21.05.2018]

5.0 »E- Governance«

Eine moderne öffentliche Verwaltung begreift sich heutzutage als Dienstleister und in neueren Konzeptionen guten Verwaltungshandelns wird daher versucht, als neues Leitmotiv den Bürger als *Kunden* zu installieren. Unklar ist jedoch meistens den Verwaltungen selbst, was Kundenorientierung tatsächlich bedeutet. Ein Kunde ist in erster Linie ein Konsument von Dienstleistungen und kann daher auch einen dementsprechenden Service erwarten.²⁷ Eine der von Kunden zunehmend gewünschter Serviceleistungen ist, dass er seine Behördengänge online und ortsunabhängig erledigen kann. Jedoch ist in Deutschland die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu anderen europäischen Staaten weit abgeschlagen.²⁸ Eindrücklich beweist dies das DESI-Ranking der EU, welches die Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft abbildet. Nach diesem befindet sich Deutschland beim Teilindex Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung auf Platz 20 und liegt 37,6 Prozent hinter dem führenden Estland. Die Informations- und Kommunikationstechnologie bietet jedoch viele Möglichkeiten, um die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung effizienter zu gestalten und so auch den Wünschen der Kunden von öffentlichen Verwaltungen gerecht werden zu können.

Wie viele Wirtschaftsbereiche bereits in den letzten Jahren gezeigt haben, lassen sich viele Interaktionen auf digitalen Plattformen umsetzen. Damit könnten vor allem Kommunen auf dem Land, aber auch Städte ihr Serviceangebot verbessern und erweitern. Wangler und Botthof (2019) gehen sogar so weit und sagen, dass es in Zukunft keine Verwaltungsabläufe existieren werden, „die sich künftig nicht in einem digitalen Prozess abbilden ließen“.²⁹

²⁷ Vgl. Bogumil/ Kißler, 1995

²⁸ Vgl. Wangler/ Botthof, 2019, S. 122-141

²⁹ ebd., S. 133.

6.0 »Kriminalprävention«

Sicherheit und Kriminalprävention sind längst zu zentralen und handlungsleitenden Begriffen in der Stadtpolitik und Stadtplanung europäischer Städte geworden. Mit Zusammenarbeit bzw. Unterstützung einer Vielzahl öffentlicher und privater Akteure wird versucht, Kriminalität zu verhindern und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern.³⁰ Strategien und Ansätze zur Kriminalprävention können dabei ganz unterschiedliche Formen annehmen und richten sich sowohl an potenzielle und tatsächliche Täter und Opfer, als auch an tatbegünstigende Situationen und die örtlichen Gegebenheiten.³¹

In Deutschland lässt sich seit einigen Jahren in unterschiedlichen politischen Bereichen ein klarer Trend zur *evidenzbasierten Kriminalprävention* erkennen.³² Evidenzbasiert bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Entscheidungen aufgrund von empirischen Daten und daraus abgeleiteter Forschungsergebnisse getroffen werden. Im Bundesstaat Washington in den USA konnten im Jahr 2007 durch evidenzbasierte Kriminalprävention zwei Milliarden US-Dollar an Steuermitteln eingespart werden, indem der Bau eines neuen Gefängnisses verworfen und stattdessen 48 Millionen US-Dollar in Präventionsprogramme investiert wurden, die in Zukunft dieses Gefängnis entbehrlich machen sollen.³³ Dieses Beispiel verdeutlicht eindringlich, welchen positiven Effekt evidenzbasierte Kriminalprävention und die daraus entwickelten Maßnahmen für einen Staat haben können.³⁴

³⁰ Vgl. Häferle, 2017, S. 7-12

³¹ Vgl. Armbrorst, 2018, S. 3-19.

³² Vgl. Coester, 2018, S. 37-57.

³³ Vgl. Drake/Aos/Miller, 2009, S. 170-196.

³⁴ Vgl. Coester, 2018, S. 37-57.

7.0 »Health Security«

Seit März 2020 hat die Corona-Pandemie das wirtschaftliche, öffentliche und soziale Leben in Deutschland neu geformt. Kein Bereich bleibt von der Pandemie verschont. Das Krisenmanagement auf allen Ebenen ist angelaufen, doch zeigen die Strukturen, dass sie für die Bewältigung der Pandemie nur unzureichend vorbereitet waren.

Experten sind sich bereits einig, dass die Frage nicht mehr lautet, ob wir in den nächsten Jahren weitere Epidemien / Pandemien erwarten müssen, sondern nur wann die nächste Welle kommt. Komponenten wie der Fortschritt in Transport und Logistik, Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und die voranschreitende Umweltzerstörung bieten ideale Voraussetzungen für weitere sich rasch ausbreitende Viren und Bakterien.³⁵ Mehrere Tage dauernde Inkubationszeiten und immer kürzere Reisezeiten machen eine schnelle, unbemerkte Ausbreitung von Viren wahrscheinlicher. Das stete Bevölkerungswachstum sorgt dafür, dass es mehr potenzielle Wirte für Krankheitserreger gibt. Gleichzeitig erhöht die fortschreitende Urbanisierung die Gefahr der Übertragung durch die abnehmende räumliche Distanz oder das kommerzielle Freizeitverhalten der Bevölkerung. Die gefährlichsten Krankheitserreger entspringen meist dem Tierreich und dessen Übertragung auf den Menschen. Durch Umweltzerstörung und das Vordringen der Menschen in bisher unberührte Naturräume intensiviert sich der Kontakt, wodurch sich die Infektionsgefahr erhöht.

Themen, die die Bevölkerung im Ganzen berühren, müssen wesentlicher Bestandteil der sicherheitspolitischen Betrachtung von Gesundheitsthemen wie Prävention, Früherkennung und schnelle Reaktion sowie die Krisenbewältigung im Fall der Fälle sein.

³⁵ Daniela Braun, DGAP – Health Security

Ein „Weiter so“ ist keine Option, Pandemien erfordern die Zusammenarbeit von Sicherheits- und Gesundheitsexperten. Health Security bietet vielversprechende Ansätze, um die globalen Gesundheitsstrukturen zu verbessern. Als belastend für das nationale Krisenmanagement hat sich das föderale System in Deutschland erwiesen, das eine maßgebliche Kompetenz zur Bekämpfung von Pandemien den 16 Bundesländern zuweist. Daraus ist in der momentanen Betrachtung ein Wettbewerb zwischen den Entscheidungsträgern der Politik um die besten Strategien, Konzepte und Experten entstanden.

Gesundheit ist ein Sicherheitsthema. Verantwortliche können an Strategien und Prinzipien des militärischen Bereiches partizipieren, wie, eine einsatzbereite Reserve aus medizinischem Personal und Logistikern aufzubauen oder Pandemie-Übungen durchzuführen. Ebenso sind strenge Befehlsketten und große Ressourcen vorteilhaft im Kampf gegen Infektionskrankheiten.

Hier ist sicherlich zeitnah ein Umdenken der Politik erforderlich, um nachhaltige Konsequenzen aus dem Umgang mit der Pandemie zu ziehen, die die Bevölkerung nicht verunsichern und randextremen keinen Nährboden bieten.

8.0 »Resiliente Stadt«

Krisen und Katastrophen gehören zur Geschichte europäischer Städte. Derartige, meistens schockierender Ereignisse haben jedoch nicht nur zerstörerisch gewirkt und teilweise zu temporären Niedergängen geführt, sondern waren Katalysatoren für vielfältige Innovationen und Transformationsprozesse städtebaulicher Entwicklung. Zahlreiche historische Beispiele vom Niedergang einer Stadt nach Erdbeben, Vulkanausbrüchen, Epidemien, Bränden, Überschwemmungen und Kriegen haben gezeigt, dass es nicht zu einem Wiederaufbau in ursprünglicher Form gekommen ist.

Vielmehr wurde die Chance ergriffen, die Stadtplanung entsprechend der neuen absehbaren Anforderungen und den neuen Rahmenbedingungen anzupassen, um künftige Katastrophen zu vermeiden oder zumindest die negativen Auswirkungen zu begrenzen. Auch sind dabei die institutionellen Strukturen, Strategien und Instrumente für die Stadtentwicklung weiterentwickelt worden, um widerstandsfähige bauliche Strukturen und handlungsfähige Städte zu schaffen, die gegenüber künftig antizipierten Krisen und Katastrophen robuster und anpassungsfähiger, also resilienter sein sollten.

Besonders signifikant waren die Herausforderungen und Krisen im Zuge der Industrialisierung und der Urbanisierung im 19. Jahrhundert. Die rasanten technischen Entwicklungen haben zu einem erheblichen, bisher nicht bekannten Wachstum der Städte sowie tiefgreifenden gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Veränderungen und Umbrüchen geführt. Die damit einhergehenden Herausforderungen haben die Städte vor allem durch Innovation, Strategien und Instrumente der Stadtentwicklung bewältigen können, die bereits an die neuen Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft angepasst waren. Eine wesentliche Ursache liegt wohl darin, dass das Risikobewusstsein gestiegen ist und sich daher die Einsicht durchgesetzt hat, dass eine systematische Gefahrenabwehr im Zuge der Urbanisierungsprozesse in den Städten unverzichtbar ist.

Urbane Resilienz ist die Fähigkeit städtischer Systeme, während eines Ereignisses oder einer Stresssituation die Stabilität aufrechtzuerhalten und so Leben und Eigentum zu schützen. Das umfasst neben der Gefahrenplanung auch die Flexibilität, sich an neue Bedingungen anzupassen. Ein guter Plan für urbane Resilienz basiert auf einem multidisziplinären Ansatz. Städte sind gekennzeichnet von menschlichen Gemeinschaften sowie physischen Systemen. Darunter sollen alle konstruierten und natürlichen Komponenten verstanden werden: Straßen, Gebäude, Infrastruktur, Energieeinrichtungen, Kommunikationsnetzwerke, Wasser- und Abfallversorgung, Geologie und Topografie. Diese physischen Systeme halten die Stadt in ihrem Ganzen zusammen und bilden das Grundgerüst für das menschliche Leben innerhalb der Stadt. Diese Systeme müssen während einer Belastung standhalten und funktionieren – ein fragiles Stadtgerüst kann nicht resilient sein und erhöht die Anfälligkeit für Katastrophen.

Während sich der Begriff der öffentlichen Sicherheit heute noch stark auf die Unversehrtheit der Bürger sowie der öffentlichen Infrastruktur begrenzt und eng mit Begriffen wie Polizei, Feuerwehr und Gesundheitswesen verknüpft ist, weitet sich der Sicherheitsbegriff in Zukunft auch auf den Schutz der neu geschaffenen und alles verbindenden Kommunikationsinfrastruktur aus. In intelligenten Städten lässt er sich daher in zwei Kategorien einordnen: zum einen in die unmittelbare Sicherheit von Bürgern und Versorgungseinrichtungen und zum anderen in die Sicherheit, beziehungsweise Funktionsfähigkeit, der alles durchdringenden Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen. Die Vorteile einer vernetzten, stadtübergreifenden Kommunikationsinfrastruktur bergen das Risiko der Verletzbarkeit mit unmittelbaren Auswirkungen auf essenzielle Bereiche der städtischen Infrastrukturen. Diese Infrastrukturen gilt es zu schützen (Vergleiche hierzu auch Kapitel 6 – KRITIS).

9.0 »Kommunale Sicherheit in den Niederlanden«

Die Niederlande starteten das Programm „CrimiNee“ (Kriminalität nein) im Jahr 2007 mit dem Ziel, die Kriminalität bis zum Jahr 2011 um 25 % zu reduzieren.

Dabei wurden sechs Kernthemen in Angriff genommen:

- Aggression und Gewalt
- Diebstahl
- Kriminalität gegen Unternehmen
- antisoziales Verhalten und urbaner Verfall
- personenzentrierter Ansatz gegenüber gefährdeten jungen Personen und Wiederholungstätern
- Bekämpfung von weniger offensichtlichen Arten von Kriminalität: Finanz-, Cyber-, Wirtschafts- und organisierte Kriminalität



Durchfahrtsperren.

Smart City. Foto: Roermond © Uwe Gerstenberg

9.1 »Getroffene Maßnahmen«

9.1.1 »Vernetzter Ansatz«

CrimiNee! startete 2004 als informelle Partnerschaft zwischen Regierung, Polizei und Unternehmen in Südost-Brabant. In der Anfangsphase konzentrierte sich die Stiftung vor allem auf den Aufbau von Netzwerken. Zudem wurden erste Überwachungsprojekte in Industriegebieten und öffentlichen Plätzen durchgeführt. Die Überwachungsprojekte häuften sich, und als Folge erweiterte sich das Aufgabenspektrum. Seit 2007 wird *CrimiNee!* von der Stiftung *Regionaal Platform Criminaliteitsbeheersing* (Regionale Plattform zur Kriminalitätsbekämpfung, RPC) in Oost-Brabant getragen.³⁶

Teil des Programmes *CrimiNee!* ist die Errichtung der sogenannten *Public Safety Center* (PSC) (Center für öffentliche Sicherheit). Nach der Errichtung des ersten Centers 2002, zählten die Niederlande im Jahre 2015 insgesamt 47 PSC. Die Center stellen einen vernetzten Ansatz der niederländischen Regierung dar, um „soziale Sicherheit“ ganzheitlich zu gewährleisten. Jedes Center ist ein Netzwerk aus privaten und öffentlichen Organisationen. Hier werden einzelne Fälle diskutiert und Maßnahmen gemeinsam entworfen und abgesprochen. Je nach Stadt variieren die Mitglieder, wobei das Innenministerium, des Justizministerium und die Gemeindeverwaltung (der Bürgermeister, der lokale Polizeichef und der lokale Staatsanwalt) ständige Mitglieder sind. Andere Mitglieder sind, je nach Bedarf, Vertreter von Zivilorganisationen, Pflege- (z. B. psychische Gesundheit, Entzug, Bewährungshilfe) und Erziehungsorganisationen oder auch Wohnungsbaugesellschaften. Die dadurch ermöglichte schnelle Kommunikation und Kooperation vereinzelter Dienststellen, eine „gemeinsame Sprache“, ebenso wie der Austausch von Erfolgsmethoden erhöhen die Einsatzfähigkeit und Effektivität der *Public Safety Center*. Dabei soll eine Balance zwischen bestrafenden und präventiven Maßnahmen die Komplexität der Fälle im Bereich sozialer Sicherheit lösen. Prävention und Nachsorge spielen also eine fundamentale Rolle in der Arbeit der *Public Safety Center*. Dadurch wird insbesondere die Sicherheit in städtischen Gegenden gewährleistet.

³⁶ Vgl. Siegfried.

9.1.2 »Community Policing und Sichtbarkeit«

Die niederländische Polizei wird von ca. 3.000 uniformierten Stadtwächtern unterstützt. Unter der operationalen Kontrolle der Polizei sind sie mit Observation und Supervision beauftragt. Dies hat nicht nur einen positiven Effekt auf das Sicherheitsgefühl der Bürger, es reduziert auch antisoziales Verhalten und erlaubt der Polizei, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren.

9.1.3 »Community Safety Partnerships«

Seit 2009 gibt es außerdem ein nationales Netzwerk von *Community Safety Partnerships* (Zusammenschlüsse für gemeinschaftliche Sicherheit). Teilnehmer sind unter anderem die jeweiligen Gemeinden, Jugend- und öffentliche Pflegeeinrichtungen sowie Polizei und Justiz. Ziel ist eine Dezentralisierung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten. In diesem Sinne ist jeder Bürgermeister für die Sicherheit und Ordnung in seinem Bereich verantwortlich.

Auch werden Verstöße, wie öffentliche Ärgernisse oder Aktivitäten krimineller Jugendgruppen, seit 2012 stärker und direkt vor Ort bestraft. Insgesamt setzt die Polizei intensiv auf Kooperationen mit den Bürgern, die z. B. über Internetplattformen oder Hotlines ihre Beobachtungen mitteilen können.

9.1.4 »Smart City«

Rotterdam verfolgt seit 2012 einen Ansatz, der sich auf High Impact Crimes (HIC) konzentriert. Das schließt Wohnungseinbrüche, Straßenraub, Raubüberfälle und Gewaltverbrechen ein.³⁷ Im Februar 2012 wurde ein HIC City Marine bestimmt, und fünf Stadtteile wurden im Rahmen von häuslichen Einbrüchen als Hotspots in einem so genannten *Fieldlab* (Feldlabor) ausgewiesen.³⁸

³⁷ Vgl. Bogumil/ Kißler, 1995

³⁸ Vgl. Wangler/ Botthof, 2019, S. 122-141

Im Februar 2018 wurde außerdem der Stadtteil Lombardijen von der Gemeinde als Hotspot hinzugefügt, da die Zahl der Einbrüche im Vergleich zu anderen Stadtteilen in Rotterdam sehr gering ist und nun wieder zunimmt.

Ziel des Programmes ist, die Anzahl der Einbrüche drastisch zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl der Bewohner zu erhöhen. Das Pilotprojekt testet dabei, ob Bewegungsmeldesensoren, Smart-Kameras, die unterschiedliches Verhalten erkennen, sowie Tonaufnahmen im öffentlichen Raum dafür genutzt werden können, auffälliges Verhalten bereits in einer frühen Phase zu erkennen und dadurch Hauseinbrüchen vorzubeugen. Dabei werden insbesondere zwei Sensoren benutzt: der Bewegungssensor, welcher Gangmuster erkennt, und der Schalldruckmesser. Dieser kann bestimmte Arten von Geräuschen erkennen, z. B. Glasbruch. Sobald die Sensoren ein erlerntes Geräusch erkennen, senden sie ein Warnsignal.

Außerdem sollen mehr Kontakt mit und zwischen Anwohnern und Informationen über die Aktivitäten, die im *Fieldlab* benutzt werden, zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl der Bewohner beitragen. Dafür kooperiert die Gemeinde mit verschiedenen Parteien in der Nachbarschaft, wie der Wohnungsbaugesellschaft Havensteder, der Polizei und der Nachbarschaftsprävention. Nach multiplen Tests im Labor und der Forschung verschiedener Akteure, wie der Fachhochschule AVANS, wurden die Sensoren im November 2019 im Wohnumfeld im *Carlo Collodi Hof* angebracht.

EINDHOVEN CITYPULSE LAB

Ein ähnliches Projekt ist das Eindhoven *CityPulse Lab*. Hier wird die Nutzung von neuen Technologien und Big Data im Bereich der Kriminalitätsvorhersage und -prävention getestet. Gemeinsam mit der Stadt Eindhoven und der niederländischen Polizei haben die Techunternehmen Atos und das *Dutch Institute for Technology Safety & Security (DITSS)* das Pilotprojekt gestartet, um die Sicherheit und Ordnung in der beliebten Ausgehstraße Stratumseind, mit ihren 50 Bars auf 300 Metern Länge sowie 15 - 20.000 Besuchern jedes Wochenende, zu

verbessern.³⁹ Auf der Stratumseind wird nun getestet, ob Licht, Kameras, Tonaufnahmen, Echtzeit-Analysen und bald Geruch die Laune der Besucher verändern und dadurch Gewalt verhindern können. Sensoren ermöglichen das Messen von emotionalen Veränderungen in Stimmen und dem generellen Tonniveau. Die gesammelten Daten werden hauptsächlich dafür genutzt, die Farbintensität und das Farbschema der Straßenbeleuchtung manuell oder automatisch anzupassen. Das *DITSS* ist mit technikaffinen Polizisten besetzt, kann aber auch unabhängig von der Polizei agieren. Auf Grund der geringeren Ebenen innerhalb des *DITSS*, kann diese schneller in Aktion treten. So kann zum Beispiel eine Polizeipatrouille schneller entsandt werden, sollten die Wärmebilder steigendes Aggressionspotenzial zeigen.

9.1.5 »Videoüberwachung«

Videoüberwachung an öffentlichen Orten in den Niederlanden ist unter bestimmten Voraussetzungen genehmigt.⁴⁰ So darf Videoüberwachung nur an Orten stattfinden, wo sie im öffentlichen Interesse zu Sicherheit und Ordnung beitragen. Menschen müssen über die Aufnahme, auch ob Ton aufgenommen wird, informiert werden.

Falls weniger „aufdringliche“ Methoden gleich effektiv Sicherheit und Ordnung gewährleisten, ist Videoüberwachung nicht genehmigt. Insgesamt muss Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen immer in Kombination mit anderen Maßnahmen, wie (besserer) Straßenbeleuchtung angewendet werden.

Eine weitere Maßnahme, um Wohnungseinbrüche zu reduzieren, ist die digitale Klingel an Haustüren. Diese ist mit einer Videokamera ausgestattet. Die Polizei hat eine Übersicht wo, welche Kameras filmen. Obwohl eine Live-Einsicht aus Datenschutzgründen nicht möglich ist, kann die Polizei eine Einsicht in jede Kamera anfragen. Eine Pilotstudie hat ergeben, dass es 2018 knapp 50 % weniger Einbrüche in Gegenden mit digitalen Klingeln gab als im Jahr

³⁹ Vgl. Atos, 2015

⁴⁰ Vgl. Bücking, 2007

davor.⁴¹ Außerdem haben Anwohner angegeben, sich signifikant sicherer zu fühlen. Zusätzlich wurde in Nachbarschaftsprävention, vernünftige Straßenlampen und bessere Schlösser investiert.

Die niederländische Polizei nutzt seit einigen Jahren Bodycams, um die Sicherheit ihrer Polizisten zu erhöhen. Eine Studie, die in Amsterdam zwischen 2017 und 2018 durchgeführt wurde, fand, dass das Tragen der Bodycams Gewalt und Aggression gegen Polizisten reduziert. So konnte eine Reduzierung von ernsthaften Bedrohungen gegen Polizisten um fast 25 % erreicht werden.⁴²

9.1.6 »Glaubwürdigkeit und Erfolgserlebnisse«

Seit 2012 gibt es in den Niederlanden eine jährliche nationale Umfrage, den Safety and Security Monitor, um Gemeinden ein detailliertes Bild der eigenen Lage in der Region und einzelnen Nachbarschaften zu geben. Die Regierung unterstützt in diesem Rahmen auch jegliche Art von Forschung, da diese oftmals innovative Lösung hervorbringt.

Ein Beispiel dafür ist das *Centrum voor Criminaliteitspreventie en Veiligheid* (Zentrum für Kriminalprävention in Veiligheid, CCV). Das CCV agiert als unabhängige Stiftung und hilft, Sicherheitsprobleme zu identifizieren und zu lösen. Dabei bietet es Wissen, Instrumente und zugeschnittene Beratung. Dazu gehören die Polizeizertifizierung „Safe Living“, das Zertifikat „Conducting Business Safely“, den Qualitätsindikator „Going Out Safely“ und die Nachbarschaftsmediation. Es arbeitet damit eng mit Polizei und anderen öffentlichen und privaten Behörden zusammen.

⁴¹ Vgl. *Government of the Netherlands, Ministry of Justice and Security, 2019*

⁴² Vgl. *Flight, 2018*

9.2 »Rückschlüsse für Deutschland«

Sicherheit ist oft subjektiv, und das Vertrauen in Sicherheitsakteure daher fundamental. In Zeiten von Falschmeldungen (Fake News) und Desinformation, die oft zum Ziel haben, die Glaubhaftigkeit staatlicher Akteure zu unterminieren, ist die Umfrage *Safety and Security Monitor* eine interessante Initiative. Sie stellt nicht nur ein ganzheitliches Bild des Sicherheitsgefühls im Land dar, sondern erlaubt auch, neue innovative Ansätze zu schaffen und diesen, durch die Einbindung von Forschungsinstitutionen, Glaubhaftigkeit zu verleihen.

Die *Public Safety Center* sind eine weitere Idee, die für Deutschland interessant sein könnte. Auf Grund des hohen Grades an Dezentralisierung in Deutschland, sind eine engere Kooperation und Kommunikation und vor allem eine „gemeinsame Sprache“ zwischen Dienststellen vorteilhaft. Die *Center* erlauben nicht nur einen ganzheitlichen Ansatz, sondern ermöglichen gezielte Präventionsarbeit und bieten den Vorteil, gewisse Trends frühzeitig zu erkennen.

Das Eindhoven *CityPulse* und *Fieldlab* Rotterdam stellen zukunftsorientierte Ansätze dar, Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum mit der Hilfe von neuen Technologien, baulichen Maßnahmen und gezielter Polizeipräsenz zu erhöhen. Der Erfolg dieser Projekte sollte verfolgt werden, um ähnliche Verfahren in Deutschland ebenfalls anzuwenden oder sogar zu verbessern. Interessant ist außerdem, dass die baulichen Maßnahmen, insbesondere vernünftige Straßenbeleuchtung, in den verschiedensten Projekten als notwendige und wichtige Maßnahmen genannt werden.

10.0 »Literaturverzeichnis«

10.1 »Bücher«

- Armborst, Andreas: Einführung: Merkmale und Abläufe evidenzbasierter Kriminalprävention. In: Walsh, Maria u.a. (Hrsg.): Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfadens für Politik und Praxis. Springer VS, Wiesbaden 2018.
- BBK: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): Schutzkonzepte Kritischer Infrastrukturen im Bevölkerungsschutz. Ziele, Zielgruppen, Bestandteile und Umsetzung im BBK. Wissenschaftsforum Band 11, Bonn 2012.
- Bogumil, Jörg/ Kißler, Leo: Vom Untertan zum Kunden? Möglichkeiten und Grenzen von Kundenorientierung in der Kommunalverwaltung. Edition Sigma, Berlin 1995.
- Coester, Marc: Das Düsseldorfer Gutachten und die Folgen. In: Walsh, Maria u.a. (Hrsg.): Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfadens für Politik und Praxis. Springer VS, Wiesbaden 2018.
- Deutscher Mieterbund e. V.: Sicher wohnen, In: MieterZeitung, Nr. 3, Juni 2014.
- Deutscher Städtetag am 16. November 2017: Sicherheit und Ordnung in der Stadt (Positionspapier). Berlin.
- Dewerne, Yvonne: Defensible Space. FernUniversität Hagen, Institut für Psychologie, Hagen 2001
- Drake, Elisabeth K./ Aos, Steve/ Miller, Marna G.: Evidence-based public policy options to reduce crime and criminal justice costs: Implications in Washington state. Victims and Offenders, 4, 2009.
- Fehes, Thomas: Rechtliche Hürden für polizeiliche Videoüberwachung senken - mehr Sicherheit ermöglichen, Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung im Landtag Nordrhein-Westfalen am 27. September 2016. Düsseldorf.
- Häfele, Joachim: Sicherheit und Kriminalprävention in urbanen Räumen - Eine Einführung in den Band. In: Häfele, Joachim u.a. (Hrsg.): Sicherheit und Kriminalprävention in urbanen Räumen. Aktuelle Tendenzen und Entwicklungen. Springer VS, Wiesbaden 2017.

- Hegemann, Hendrik/ Kahl, Martin: Terrorismus und Terrorismusbekämpfung. Eine Einführung. Springer VS, Wiesbaden 2018.
- Hess, Henner: Die Erfindung des Verbrechens, Berlin 2015.
- Hiller, Klaus: Sicherheit im Stadtquartier – Angsträume und Präventionsmaßnahmen. Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Stadtmarketing-Tag des Einzelhandelsverbandes BW e. V. am 29. November 2010, Stuttgart.
- Kelling, George L./ Wilson, James Q.: Broken Windows. The police and Neighborhood Safety. The Atlantic 1982.
- Köcher, Prof. Dr. Renate: Beunruhigt, aber gefasst In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 197, 24. August 2016.
- Krusche, Jürgen (Hrsg.): Die ambivalente Stadt - Gegenwart und Zukunft des öffentlichen Raums, Berlin 2017.
- Landeskriminalamt Niedersachsen, Verbundprojekt transit: Sicherheit im Wohnfeld – Gegenüberstellung von Angsträumen und Gefahrenorten, Hannover 2015.
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit: Sicheres Wohnquartier – Gute Nachbarschaft, Handreichung zur Förderung der Kriminalprävention im Städtebau und in der Wohnungsbewirtschaftung. Hannover, August 2005.
- Pahle-Franzen, Ulrike: Stadt als Angstraum. Untersuchungen zu rechtsextremen Szenen am Beispiel einer Großstadt Karlsruhe Institut für Technologie (KIT), Dissertation, Karlsruhe 2011.
- Schrenk, Manfred/ Popovich V. Vasily, REAL CORP 2012: Re-Mixing the City. Towards Sustainability and Resilience?: Proceedings of 17th international conference on Urban Planning and Spatial Development in the Information Society [CD-Rom], 2012.
- Stadt Wuppertal, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Schule & Integration/ Ressort Soziales, Fachbereich Soziale Dienste / Koordination Soziale Ordnungspartnerschaften: Angstraumkonzept 2015. Wuppertal, 2015.

- Wangler, Leo/ Botthof, Alfons: E-Governance: Digitalisierung und KI in der öffentlichen Verwaltung. In: Wittpahl, Volker (Hrsg.): Künstliche Intelligenz. Technologie. Anwendung. Gesellschaft. iit-Themenband. Springer-Verlag Berlin, Heidelberg 2019.
- Wellershoff, Marianne: Die Deutschen haben Angst. In: SPIEGEL Classic: Sehnsucht nach Sicherheit Strategien für ein angstfreies Leben, Heft 1/2017.
- Gras, Marianne: Kriminalprävention durch Videoüberwachung. Gegenwart in Großbritannien – Zukunft in Deutschland? Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2003.
- Bücking, Hans-Jörg: (Hrsg.): Polizeiliche Videoüberwachung öffentlicher Räume. In: Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung (GDF), Band 93. Duncker & Humblot, Berlin 2007.

10.2 »Internet«

- Atos, 2015: intelligent city management. Abgerufen am 20.03.2020, von
- <https://atos.net/en/industries/intelligent-city-management-eindhoven-citypulse-casestudy>.
- Centrum voor Criminaliteitspreventie en Veiligheid: High Impact Crimes. Abgerufen am 20.03.2020, von <https://hetccv.nl/onderwerpen/high-impact-crimes/>
- Das Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS: Öffentliche Sicherheit, abgerufen am 19.03.2020, von http://www.fokus.fraunhofer.de/smart_cities_lab/themen/sicherheit
- Dutch Institute for Technology, Safety & Security: Fieldlab Rotterdam. Abgerufen am 20.03.2020, von <https://inbraakvrijewijk.n1/fieldlabs/fieldlab-rotterdam/>
- Flight, Sander, 2018: Opening Up the Black Box. Understanding the Impact of Bodycams on Policing. European Law Enforcement Research Bulletin. Abgerufen am 20.03.2020, von <http://91.82.159.234/index.php/bulletin/article/view/321>
- Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS: Öffentliche Sicherheit, abgerufen am 19.03.2020, von www.ict-smart-cities-center.com/smart-cities/sicherheit/

- Government of the Netherlands, Ministry of Justice and Security, 2019: Safer streets due to digital doorbell. Abgerufen am 20.03.2020, von <https://www.governmenteministries/ministry-of-justice,e-and-security/news/2019/03/28/safer-streets-due-to-digital-doorbell>
- Kahlenborn, Walter: Smart Cities werden nachhaltig: Umwelteffekte intelligenter, urbaner Infrastrukturen. Abgerufen am 19.03.2020, von www.adelphi.de/de/projekt/smart-cities-werden-nachhaltig-innwelteffekte-intelligenter-urbaner-infrastrukturen.
- Kriminallexikon online: Videoüberwachung im öffentlichen Raum, abgerufen am 19.03.2020, von www.krimlex.de
- Prosser, Susanne: Die 12 wichtigsten Kriterien für eine sichere Stadt, 27. März 2017, abgerufen am 19.03.2020, von <https://www.stadtmarketing.eu/sichere-stadt/>
- Siegfried, Ralph: Kriminalität - nein!. Abgerufen am 20.03.2020, von <https://www.veko-online.de/46-archiv/ausgabe-2-12/151-polizei-kriminalitaet-nein.html>
- Zeit Online: Sachsen gründet Sonderkommission gegen Linksextremismus, 6. November 2019, abgerufen am 19.03.2020, von [https://www.zeit.de/gesellschaft/2019-11 / leipzig-sachsen-linksextremismus-brandanschlag-gewalt?print](https://www.zeit.de/gesellschaft/2019-11/leipzig-sachsen-linksextremismus-brandanschlag-gewalt?print)



11.0 »Der Autor«

Uwe Gerstenberg begann seine Sicherheitsprofession mit einer behördlichen Laufbahn im polizeilich-militärischen Dienst. Danach wechselte er in die private Sicherheitswirtschaft in leitender Funktion und war u. a. Corporate Security Manager eines international agierenden Allfinanzkonzerns. Nach dem Wechsel in die Dienstleistungsbranche führte ihn sein beruflicher Werdegang in unterschiedliche Sicherheitsunternehmen als Niederlassungsleiter, Prokurist und Geschäftsführer.

Als Mitgründer und Geschäftsführender Gesellschafter leitet er seit 1997 die **consulting plus** Unternehmensgruppe und sitzt ferner im Aufsichtsrat verschiedener Unternehmen.

Seit 2003 ist *Uwe Gerstenberg* Stiftungs- bzw. Kuratoriumsmitglied im Deutschen Forum für Kriminalprävention und war von 2009 bis 2014 dort Vizepräsident des Kuratoriums. Darüber hinaus ist er Mitglied im Anwenderrat für Compliance und Integrity und Gründer des Future Safe House in Essen. Er vertritt in diversen weiteren Fachverbänden die Interessen der Sicherheitswirtschaft.

Seine Schwerpunktthemen im Rahmen der privaten Sicherheit in Deutschland sind:

- Wirtschaftsschutz (Kriminalität, Extremismus, Terrorismus, Sabotage, Spionage)
- Öffentliche Sicherheit
- Personenschutz
- Corporate Security Management (Risiko-, Sicherheits- und Krisenmanagement)
- Sicherheitsanalysen / Sicherheitskonzeptionen
- Effektivitäts- und Effizienzsteigerung im Sicherheitsbereich



<https://www.security-explorer.de>

»Sicherheit aus erster Hand«

Unser **Security Explorer** ist ein kostenloser Internet-Informationssdienst, der umfassend über aktuelle Sicherheitsthemen informiert. Dabei richten wir uns an Experten aus der Sicherheitsbranche und Unternehmer genauso wie an alle an Sicherheit interessierten Menschen. Unser Anspruch ist, stets mehr Informationen zu bieten, als allgemein in den Medien zu bekommen sind – und diese immer leicht verständlich formuliert.

Der **Security Explorer** wird von Redakteuren betreut, deren Spezialgebiet das Themenfeld der Sicherheit ist oder die als wissenschaftliche Experten in diesem Gebiet arbeiten. Dazu zählen unter anderem Sicherheitsspezialisten aus verschiedenen Sicherheitsbehörden, Institutionen und Unternehmen. Monatlich aktualisiert das Redaktionsteam den **Security Explorer** und informiert Sie per E-Mail über neue Beiträge. Zusätzlich werden zu aktuellen Anlässen kurzfristig Informationen angeboten.

Der **Security Explorer** ist eine kostenlose Dienstleistung der **consulting plus** Unternehmensgruppe.



»Raubritter gegen den Mittelstand«

Autoren: *Stefan Bisanz, Uwe Gerstenberg,
Dr. Kai Hirschmann, Pius Segmüller,
Uwe Claassen, Thomas Faber*

Verlag: © **Security Explorer** 2009

ISBN: 978-3-00-029266-8

Informationsschutz mittelständischer Unternehmen.

Im Zeitalter globalisierter Märkte und intensiven Wettbewerbs sind Unternehmen zunehmend den Risiken des illegalen Know-how-Transfers durch Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung ausgesetzt. Die Schäden betragen mehrere Milliarden Euro jährlich und beschädigen wirtschaftliche Strukturen nachhaltig; bis hin zur Pleite des Unternehmens und der Vernichtung von Arbeitsplätzen. Das Buch zeigt, worin die Gefährdungen bestehen und wie sich Unternehmen gegen ungewollten Know-how-Abfluss schützen können. [...]



»Das Jahrzehnt des Terrorismus«

Autoren: *Dr. Kai Hirschmann / Rolf Tophoven*

Verlag: © **Security Explorer** 2010

ISBN: 978-3-00-032503-9

Terrorismus und politische Gewalt in den Jahren 2000-2009.

Was war wichtig und welche Veränderungen waren zu beobachten? Für kein Jahrzehnt zuvor können diese Fragen so eindeutig beantwortet werden wie für das erste des neuen Jahrtausends. Der ethnonationale Terrorismus starb langsam aus, während der religiös-ideologisch motivierte Terrorismus unter dem Dschihad-Banner eine enorme Expansion und Blütezeit erlebte, deren Ende nicht absehbar ist.

'Ethno-nationaler Terrorismus' ist die Anwendung von terroristischer Gewalt, die nicht durch eine Weltanschauung oder Ideologie der Systemveränderung begründet ist, sondern im Rahmen des etablierten Systems regionale oder separatistische Forderungen erhebt, die von bestimmten Autonomierechten bis hin zu einem eigenen Staat reichen können. Von den einstmals bedeutenden Terrorgruppen in verschiedenen Ländern existieren nur noch zwei; oder besser gesagt: sie siechen dem Ende entgegen. [...]



»Globale Herausforderungen«

Vorwort: *Hannes Jaenicke*

Autoren: *Britta Becker, Stefan Bisanz, Thomas Budde, Felix Ole Fedder, Wolfram Geier, Uwe Gerstenberg, Agnes Hanko, Kai Hirschmann, Kristina Jankovic, Carsten Kuhn, Peter Lauwe, Franz Josef Radermacher, Gianluca Raguse, Michael Raschke, Arne Schönbohm, Rolf Tophoven, Mirco Vedder*

Verlag: © **Security Explorer** 2013

ISBN: 978-3-00-044112-7

Chancen und Risiken für unsere Zukunft.

Die Welt verändert sich und mit ihr die Herausforderungen an Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Laut Studien steigt die Zahl und Intensität globaler Risiken. Nahezu täglich berichten die Medien über Finanzkrisen, Naturkatastrophen oder politische Unruhen. Regierungen, Unternehmen und Gesellschaften erkennen immer deutlicher, dass viele Risiken weit über den nationalen Kontext hinausgehen und miteinander verknüpft sind. Die Betrachtung verschiedener Risiken und deren Interdependenzen ist daher ein notwendiger, fortwährender Prozess. Es gilt, Lösungen und Wege zu finden, um Risiken zu minimieren und im besten Fall in Chancen zu verwandeln.

Doch wie sehen solche globalen Risiken aus und was können Einzelne, Unternehmer oder Politiker tun, um die Zukunft positiv zu gestalten? Dieser Sammelband vereint Expertenbeiträge zu den einschlägigen Problemstellungen und zeigt verschiedene Sichtweisen und Lösungswege auf. [...]



»Schatten der Mächtigen«

Autoren: *Stefan Bisanz, Oliver Arning*

Verlag: © **Security Explorer** 2017

ISBN: 978-3-00-055791-0

Wer ist dieser Reinhard Landmann und warum dieses Buch?

„Reinhard Landmann begleitet mich schon mein halbes Leben lang. Unsere erste Begegnung war auf dem Flughafen Köln/Bonn, zu einem Fahrsicherheitstraining der besonderen Art. Selbstverständlich wurde nicht nur das Fahren unter extremen Bedingungen gelernt, nein jede Übungseinheit hatte realistischen Bezug zu möglichen Gefahrensituationen und dabei war er nie zimperlich mit den Teilnehmern.“

Reinhard Landmann startete seine berufliche Laufbahn unmittelbar nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Sein Lebensweg ist mit vielen Anekdoten bestückt, die er den Autoren Oliver Arning und Stefan Bisanz lustig, sarkastisch, aber auch mit im Laufe seines Lebens gewonnenen Weisheiten und Erkenntnissen erzählt hat. Hieraus ist dieses Buch entstanden von jemandem, der aus dem Schatten der Mächtigen der Weltpolitik heraustritt und seine Lebensgeschichte als ehemaliger Personenschützer und Ausbildungsleiter in der Spezialausbildung für den Personenschutz beim Bundeskriminalamt erzählt.“ [...]



»Quo Vadis »Palästina«?«

Autorin: *Friederike Wegener*

Verlag: © **Security Explorer** 2019

ISBN: 978-3-00-060117-0

Als deutsche Studentin in Ramallah.

„Palästina? Wo ist das nochmal?“, „Warum?“, „Was sagt deine Familie dazu?“, „Pass bloß auf dich auf!“. Dies ist nur eine kleine Auswahl der wenig positiven oder entsetzten Kommentare meines Umfeldes auf die Ankündigung, dass ich das Auslandssemester meines Masterstudiums in Palästina verbringen werde. An meiner Pariser Heimuniversität gibt es eine kurze Vorbesprechung für alle Studierende, die ein Semester im Nahen Osten verbringen werden. Danach ist mir dann doch etwas mulmig zumute. Während die Sicherheitsvorkehrungen für die Studierenden und die universitätseigenen Bunker der Universität Tel Aviv erläutert werden, ist die Info zur palästinensischen *al-Quds* Universität (Jerusalem Universität) eher kurz, da laufe alles mehr so „freestyle“. Als die Studierenden um mich herum ihre Studentenvisa beantragen, erfahre ich, dass auch hier die Sache etwas anders läuft. Israel ist verantwortlich für die Visavergabe für Reisende in die palästinensischen Gebiete. Studentenvisa für eine der vierzehn palästinensischen Universitäten gibt es nicht. [...]

Masterplan »Sicherheit«

Lösungswege für eine sichere Stadt.

Die guten Zeiten scheinen vorbei zu sein. Die bisher gelernte und gelebte Vollkasko-Mentalität der Deutschen verliert an Wirkung und dies in einer Zeit, in der es uns besser geht als je zuvor. Dennoch: Angst ist ein schlechter Ratgeber, sagt der Volksmund, und er hat recht. Dieses Buch soll darlegen, wo wir stehen und was erforderlich ist, um mit den Herausforderungen des Transformationsprozesses bei der öffentlichen Sicherheit Schritt zu halten.

Geschildert werden der aktuelle Stand sowie die Schwachstellen der Sicherheitsarchitektur in deutschen Großstädten in Bezug auf kritische Infrastruktur und Terrorismus. Es werden Lösungswege zur Erhöhung der Sicherheit für Städte und Kommunen aufgezeigt und das zukunftsweisende Konzept Smart City sowie weitere zukunftsorientierte Pilotprojekte vorgestellt.

Die gesamte Wirtschaft weltweit und der Staat selbst stehen vor neuen Herausforderungen, um gesellschaftliche Strukturen wieder zu festigen, Vertrauen herzustellen und öffentliche Sicherheit zu garantieren.